

dieses Anliegen viel Verständnis aufbringe. Ich glaube aber nach wie vor, dass das Problem sich nicht auf diese Weise lösen lässt. Wenn der Bund für sich selbst mit seinen eigenen Büros ein Gebäude projektiert, ist es nach meiner Auffassung nicht vernünftig, diese Selbstprojektion der Mehrwertsteuer zu unterstellen. Wenn aber ein Bundesbüro für eine Gemeinde etwas projektiert – also für Dritte –, dann soll die Besteuerung erfolgen. Es ist das Prinzip der Mehrwertsteuer-Ordnung, dass Eigenleistungen nicht besteuert werden. Wir dürfen zu Hause für uns zeichnen und projektieren, soviel wir wollen, darüber besteht keine Steuerpflicht. Sobald man aber für Dritte tätig wird – das soll auch für die öffentliche Hand gelten –, scheint es mir richtig zu sein, dass auch die Steuerpflicht gilt. Ich habe deshalb bei den Ingenieuren und Architekten erklärt, die Steuerverwaltung sei bereit, darüber in den Ausführungsbestimmungen etwas vorzusehen. Auch ich bin der Meinung, die staatlichen Büros hätten sich eher zu stark als zu wenig ausgedehnt. Noch besser wäre es darum nach meiner Meinung, auf anderem Wege den Einfluss geltend zu machen, d. h. vermehrt private Büros zu berücksichtigen. Wenn wir hier eigenstaatliche Leistungen besteuern, wird doch dem Staat etwas belastet, was er dann wieder erhält, und das scheint mir nicht vernünftig zu sein. Es wäre zudem systemwidrig. Deshalb beantrage ich Ihnen, den zweiten Antrag Herzog ebenfalls abzulehnen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je partage l'avis du président de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Herzog	13 Stimmen
Dagegen	15 Stimmen

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr

La séance est levée à 12 h 30

Dritte Sitzung – Troisième séance

Dienstag, 18. April 1978, Nachmittag

Mardi 18 avril 1978, après-midi

16.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Reimann

78.019

Bundesfinanzreform 1978

Réforme des finances fédérales 1978

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 165 hiervor — Voir page 165 ci-devant

Art. 9 Abs. 2 Bst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 9 al. 2 let. b

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hofmann, Berichterstatter: Analog der Vorlage 1976 unterliegen der Steuer die Einfuhr von Waren und der Bezug von Dienstleistungen aus dem Ausland. Dazu keine weiteren Bemerkungen.

Angenommen – Adopté

Art. 9 Abs. 2 Bst. c

Antrag der Kommission

Ziff. 1

... als 40 000 Franken;

Ziff. 2

Unternehmer mit einem Jahresumsatz nach Buchstabe a bis zu 400 000 Franken, ...

Ziff. 3

... mehr als 40 000 Franken Wein liefern;

Für den Rest von Bst. c: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 9 al. 2 let. c

Proposition de la commission

Ch. 1

... supérieur à 40 000 francs;

Ch. 2

Les entrepreneurs réalisant un chiffre d'affaires annuel selon la lettre a de 400 000 francs au plus, à la condition qu'après déduction;

Ch. 3

... pour plus de 40 000 francs de vin;

Pour le reste de la lettre c: Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ziff. 1 und 2 – Ch. 1 et 2

Hofmann, Berichterstatter: Buchstabe c regelt die Ausnahmen von der Steuerpflicht. Der ersten Vorlage war vor allem aus kleingewerblichen Kreisen heftige Opposition

erwachsen. Man schreckte vor dem administrativen Aufwand zurück. Man befürchtete Wettbewerbsverzerrungen, sodann weitere Kontrollen und dergleichen. Die Kommission bemühte sich, diesen Einwänden entgegenzukommen. Die Vorlage des Bundesrates von 1976 nahm Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 30 000 Franken von der Steuerpflicht aus. Das Parlament erhöhte dann die Grenze auf 50 000 Franken, in der Absicht, damit zusätzliche Kleinunternehmer zu entlasten. Wegen der damit verbundenen Wettbewerbsverzerrung führte das andererseits zur Verärgerung bei Unternehmen mit Umsätzen von etwas über 50 000 Franken. Das Problem muss nach Auffassung der Kommission in Zusammenhang mit Ziffer 2 und auch in Zusammenhang mit dem nachstehenden Buchstaben i Ziffer 2 gesehen werden, wobei der Unterschied klar zu beachten ist: Buchstabe c betrifft die subjektive Steuerpflicht, Buchstabe i Erleichterungen. Die Kommission schlägt vor, in Ziffer 1 die Umsatzgrenze auf 40 000 Franken herabzusetzen, in Ziffer 2 auf 400 000 Franken zu erhöhen, unter Belassung des Steuerbetrages bei 2500 Franken. Sodann beantragt sie in Buchstabe i Ziffer 2 die Steuerberechnung zu einem Pauschalsatz wesentlich auszuweiten. Schätzungen ergeben, dass durch die Herabsetzung in Ziffer 1 von 50 000 Franken auf 40 000 Franken zirka 8000 Kleinunternehmer mehr der Steuerpflicht unterstehen und dass das einen Mehrertrag ergibt von etwa 25 Millionen, dass aber andererseits die Erhöhung der Umsatzzahl in Ziffer 2 von 300 000 Franken auf 400 000 Franken wiederum etwa 3000 Unternehmer von der Steuerpflicht befreit und einen Ausfall von etwa 10 Millionen Franken erzeugt. Sodann werden nach Buchstabe i Ziffer 2 zahlreiche Kleinunternehmer der vereinfachten Besteuerung unterliegen. Wer nach Ziffer 1 und 2 von Buchstabe c steuerpflichtig ist, aber einen Umsatz von nicht über 200 000 Franken aufweist, kann gemäss Buchstabe i Ziffer 2 unter angemessener Berücksichtigung der Vorsteuer zu einem pauschalen Satz besteuert werden. Das würde etwa so geschehen, dass für einzelne Branchen oder mehrere Branchen zusammen die Ansätze einheitlich festgelegt würden, so dass dann der betreffende Steuerpflichtige nicht über die Vorsteuern, nicht über die von ihnen überwältigten Steuern abzurechnen hätte, sondern er müsste nur den Umsatz ausweisen, und dann käme der Pauschalsatz zur Anwendung. Die Berechnungen ergeben, dass mit dieser vereinfachten Methode im Effekt kaum ein Mehr- oder ein Minderertrag resultieren würde. Das Ergebnis dieser Vorschläge der Kommission ist also: zahlreiche Kleingewerbler sind von der Steuerpflicht ausgenommen, weitere werden durch die Pauschalabrechnung vom gefürchteten administrativen Aufwand entlastet, und so glauben wir, Bedenken aus diesen Kreisen entgegenzukommen. Dem Vernehmen nach haben in gewissen Branchen Berechnungen stattgefunden, die offenbar ergeben haben, dass das je nach Branche in einzelnen Verbänden starke Entlastungen und Befreiungen zur Folge hat. Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen Zustimmung zu den Ziffern 1 und 2.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral se rallie à ces amendements de la commission qui vont dans le sens d'un assouplissement et d'une meilleure adaptation aux réalités des petites entreprises.

Angenommen – Adopté

Ziff. 3 – Ch. 3

Hofmann, Berichterstatter: In Ziffer 3 soll die Umsatzzahl für den Wein den Zahlen in den Ziffern 1 und 2 angepasst und damit auf 40 000 Franken festgelegt werden. Diese Zahlen haben einen inneren Zusammenhang.

Angenommen – Adopté

Ziff. 4–6 – Ch. 4 à 6

Angenommen – Adopté

Bst. d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Let. d

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hofmann, Berichterstatter: Hier finden wir die echte Befreiung für den Export, für den keine Steuer geschuldet wird, der sich aber die Vorsteuer abziehen lassen kann. Darin liegt der eindeutige Vorteil für unsere Exportwirtschaft und damit der Unterschied zur noch geltenden Warenumsatzsteuer.

Angenommen – Adopté

Bst. e Ziff. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Kündig, Broger, Reverdin)

Letzte Zeile

– Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und Inseraten;

Antrag Graf

Bst. e Ziff. 1bis

1bis für Zeitungen

- mit einer Auflage von weniger als 5000 Exemplaren: 0 Prozent
- mit einer Auflage zwischen 5000 und 20 000 Exemplaren: 2,5 Prozent
- mit einer Auflage zwischen 20 000 und 50 000 Exemplaren: 5 Prozent
- Mit einer Auflage von mehr als 50 000 Exemplaren: 8 Prozent

Let. e ch. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Kündig, Broger, Reverdin)

Dernière ligne

– de journaux, revues, livres et annonces;

Proposition Graf

Let. e ch. 1bis

1bis Pour journaux

- avec un tirage de moins de 5000 exemplaires: 0 pour cent
- avec un tirage entre 5000 et 20 000 exemplaires: 2,5 pour cent
- avec un tirage entre 20 000 et 50 000 exemplaires: 5 pour cent
- avec un tirage de plus de 50 000 exemplaires: 8 pour cent

Hofmann, Berichterstatter: Die Kommission hat sich durchwegs den Vorschlägen des Bundesrates bezüglich der Sätze angeschlossen: Normalsatz 8 Prozent, ermässigtster Satz 2,5 Prozent auf Ess- und Trinkwaren usw., ausgenommen alkoholische Getränke, und 5 Prozent auf gastgewerbliche Leistungen.

Hier liegen Abänderungsanträge vor. Ein erster zu Ziffer 1 von Herrn Kündig bezüglich der Inserate; sodann ein weiterer von Herrn Graf bezüglich der Zeitungen. Ich ersuche, diesen beiden Herren zur Begründung ihrer Anträge das

Wort zu erteilen, nötigenfalls werde ich darauf zurückkommen.

Kündig, Sprecher der Minderheit: Zum Abschnitt «Zeitungen, Zeitschriften und Bücher» habe ich den Antrag gestellt, dass gleichzeitig mit Zeitungen auch die Inserate zu erwählen seien. Man kann sich fragen, ob dieser Antrag sinnvoll sei oder nicht. Wenn ich ihn trotzdem stelle, so deshalb, dass man mir später nicht Schlaumeierei vorwerfen kann, da die Inserate einerseits als Bestandteil der neu besteuerten Werbung gelten könnten, andererseits aber auch als fester Bestandteil einer Zeitung in Erscheinung treten. Ich glaube deshalb, dass die Zustimmung zu meinem Antrag eine Klärung mit sich bringt und dadurch ein möglicher späterer Streitpunkt beseitigt werden kann.

Gestatten Sie, dass ich Ihnen die Situation des Inserates kurz begründe: Der Insertionsvertrag untersteht gemäss bisheriger Rechtsprechung den Regeln über den Werkvertrag. Die Inserate sind Bestandteil einer Druckschrift, d. h. einer Ware, oder wenn Sie anders wollen, einer Zeitung oder Zeitschrift. Zeitungen und Zeitschriften fallen heute unter die Freiliste der Warenumsatzsteuer; weil das Inserat als Bestandteil einer Zeitung deren Schicksal teilt, fällt auch diese Ware unter die Freizügigkeit der Liste. Zeitungen und Zeitschriften sollen nun inskünftig mit einem reduzierten Steuersatz von 2,5 Prozent belastet werden. Das müsste nach ständiger Praxis auch für Inserate gelten. – In der Botschaft von 1976 werden Zeitungsinserate jedoch den Leistungen der Werbung zugerechnet. Anwendbar ist aber Buchstabe e Ziffer 1 der Vorlage. Daraus folgt, dass Zeitungen und Zeitschrifteninserate dem reduzierten Steuersatz von 2,5 Prozent unterstellt sind. Es besteht demnach ein Widerspruch zwischen der in der Botschaft bekundeten Absicht und dem Wortlaut des Entwurfes. Wäre dies nicht so, würde also dieser Widerspruch nicht existieren, so müsste bei den Zeitungen und Zeitschriften ausdrücklich gesagt sein, dass die Privilegierung nur hinsichtlich der Vertriebsumsätze gilt. An sich ist somit die Situation – ob Sie meinem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen – die gleiche. Man müsste, wollte man die Inserate in den Zeitungen und Zeitschriften erfassen, diese speziell unter dem Begriff der Werbung enumerieren und bei Zeitungen aber die Definition der Vertriebsumsätze beifügen.

Ich glaube aber, dass darauf auch aus wirtschaftlichen Überlegungen verzichtet werden kann. Fiskalisch ist die Besteuerung der Inserate von sehr bescheidener Bedeutung, da ja der grösste Teil im neuen Allstufensystem zum Vorsteuerabzug berechtigt. Die *taxe occulte* im Bereich der Unternehmungen, die der Steuerpflicht nicht unterstellt sind, wird verringert, so dass auch dieser Punkt für den Minderheitsantrag sprechen dürfte. Allein für den Endverbraucher von Inseraten entsteht eine kleinere Belastung von 2,5 Prozent anstelle von 8 Prozent. Wenn wir aber feststellen, wer diese Endverbraucher sind und wen wir dadurch entlasten, so glaube ich, dass wir ohne grosse Bedenken diesem Antrag zustimmen könnten. Dazu gehören insbesondere politische Parteien, die für Abstimmungen oder Wahlen werben, andere Vereinigungen ohne Erwerbszweck, insbesondere Wohltätigkeits- und kulturelle Organisationen sowie der gesamte Inserataufwand der öffentlichen Hand, also die Personalwerbung oder die Amtlichen Anzeigen.

Ich glaube deshalb, dass mit der Zustimmung zu meinem Antrag keinerlei Privilegierung irgendeiner Wirtschaftsgruppe in bezug von Werbung vorstatten geht, sondern dass eine rechtliche Klärung stattfindet und eine Entlastung derjenigen Inserenten vorgenommen wird, bei denen ohnehin keine wirtschaftliche Veranlassung zur Steuererhebung vorhanden ist.

Graf: Ich komme aus einer Gegend, in der die Lokalzeitung leider gestorben ist. Ich verfolge das Geschehen auf

dem Zeitungsmarkt und stelle mit Bedauern fest, dass Zeitungen mit kleinen Auflagen es sehr schwer haben, heute noch zu überleben. Vielleicht kennen Sie die Verhältnisse ja auch. Es ist schon so, dass das Familienbetriebe sind, wo Vater, Mutter und Kinder unbezahlt mithelfen, um überhaupt über Wasser bleiben zu können. Ich brauche keine grossen Ausführungen zu machen, wie wichtig eben auch die kleinen Zeitungen sind.

Mein Antrag geht dahin, auf eine einfache Weise die Arbeit, die die Kommission zur Erhaltung des Zeitungswesens hervorbringen sollte, jetzt in dieser Steuervorlage zu fördern, nämlich die kleinen Zeitungen bis zu einer Auflage von 5000 Exemplaren auch auszunehmen. Die Zeitungen leben ja von Inseraten. Wenn wir sie besteuern, dann wird das Werbebudget sinken ungefähr um diesen Betrag, den die Steuer ausmacht. Ich weiss, dass schon Gemeinden aus Gründen der Kosten ihre Inserate zusammenlegen. Das ist sehr begreiflich, nützt dem Herausgeber einer Zeitung aber nichts.

Ich stelle auch fest, dass alle gut geführten Zeitungen doch eine wunderbare Informationsarbeit leisten. Sie sind für uns Politiker fast wichtiger als zum Beispiel der Dokumentationsdienst. Hier erhalten wir ungesiebt einfach Meldungen. Bei den Zeitungen dagegen haben wir filtrierte Meldungen und damit schon eine Meinung. Die Zeitungen erleichtern uns unsere Arbeit ausserordentlich. Eine Honorierung dieser Arbeit ist also der Zweck der Uebung.

Ich kann mir nun vorstellen, dass Herr Hofmann meinem Antrag entgegenhalten wird, man sei jetzt nicht dazu da, Strukturpolitik zu betreiben. Genau darauf läuft aber mein Antrag hinaus. Ich bitte Sie, ihn doch einigermaßen wohlwollend zu prüfen, und es wäre schön, wenn er wenigstens einige Stimmen auf sich vereinigen würde. (Heiterkeit)

Hofmann, Berichterstatter: Zuerst zum Antrag Kündig. Er lag der Kommission vor und wurde mit 8 gegen 3 Stimmen abgelehnt, im wesentlichen aus folgenden Überlegungen:

Man hat uns dargelegt, dass umsatzsteuerrechtlich das Inserat keine Ware sei wie die Zeitung, sondern der Träger einer Leistung, die der Werbung oder einer Bekanntmachung ohne Werbezweck dient. Der Druck und die Verbreitung von Inseraten gilt steuertechnisch also nicht als Herstellung oder Lieferung von Waren, sondern als Dienstleistung, und diese sind dann gemäss Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer 11 zum Normalsatz von 8 Prozent zu besteuern. Deshalb glaube ich, ist die Beanstandung von Herrn Kündig über die Eingliederung der Inserate nicht zutreffend. Wir haben eine Privilegierung der Zeitungen, Zeitschriften und Bücher vorgesehen mit dem Steuersatz von 2,5 Prozent. Die Überlegung ist die, das Informationsbedürfnis der Konsumenten, also der Leser, zu fördern. Diesem Informationsbedürfnis an sich dient das Inserat nicht und damit auch nicht der Presseförderung. Die Besteuerung der Inserate zu 8 Prozent verteuert die Zeitungen nicht, und die Zeitungsverleger werden die Mehrwertsteuer überwälzen, so dass das Argument, das angeführt wird für die Privilegierung von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, für die Inserate nicht zutreffend ist.

Dazu kommt ferner, dass der Antrag Kündig zu einer ganz unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Werbemittel führen würde. Wir hätten das Resultat, dass Inserate mit 2,5 Prozent, Plakate, Broschüren, Prospekte, Werbefernsehen, Werben in Kinos, Gestaltung von Schaufenstern und so weiter dagegen mit 8 Prozent belastet wären. Wir waren und sind der Meinung, dass diese unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Werbemittel nicht gerechtfertigt sei.

Schliesslich muss ich darauf hinweisen, dass der Antrag Kündig einen Ausfall von geschätzt 30 Millionen zur Folge hätte.

Zum Antrag Graf: Er vermutet, was ich sagen werde. Ich

hoffe allerdings, dass sich dazu noch weitere Kollegen äussern werden. Einmal brächte der Antrag Graf, der einseitig nur die Zeitungen erwähnt, eine ungerechtfertigte Unterscheidung (einerseits Zeitungen, anderseits Zeitschriften und Bücher). Ich glaube nicht, dass sich das rechtfertigen lässt. Er schlägt vor, Zeitungen bis zu einer Auflage von 5000 Exemplaren zum Nulltarif zu besteuern. Zum Nulltarif besteuert ist nach der ganzen Vorlage nur der Export. Der Export hat dadurch den Vorteil, dass er die Vorsteuer verlangen kann, ohne selbst steuerpflichtig zu sein. Bei den Zeitungen wäre es nun dasselbe, wofür sich allerdings kein genügender Grund finden lässt.

Der Vorschlag Graf bezweckt indirekt eine Presseförderung. Ich hoffe, es nehme dazu jemand Stellung. Wir haben aber hier nicht Presseförderung zu betreiben, sondern Fiskalpolitik. Das ist nun eben so. Deshalb habe ich erwähnt, dass die Zeitungen, Zeitschriften und Bücher hier nicht wegen der Presseförderung zum reduzierten Satz figurieren, sondern zur Förderung des Informationsbedürfnisses und der Informationsmöglichkeiten des Konsumenten.

Schliesslich können Sie sich vorstellen, dass der etwas komplizierte Antrag Graf auch bei den betroffenen Steuerpflichtigen Abrechnungsschwierigkeiten ergäbe. Wie wird die Auflagezahl ermittelt, wie soll das kontrolliert werden usw.? Bei einer Ausnahme, wie Herr Graf sie vorschlägt, wäre zweifellos über kurz oder lang mit ähnlichen Anschlussbegehren zu rechnen, insbesondere wegen der ungerechtfertigten Unterscheidung zwischen Zeitungen und Zeitschriften.

Das sind vermutlich die Ueberlegungen der Kommission, der der Antrag nicht vorlag; ich glaube aber, sie hätte in diesem Sinne entschieden. Ich beantrage also, die Anträge Kündig und Graf abzulehnen.

Egli: Ich möchte zu Herrn Graf etwas sagen: Ihre Absicht, die Presse zu fördern, ist zweifellos lobenswert. Ihr Antrag geht aber von falschen Voraussetzungen aus und ist auch nicht praktikabel. Es sind nämlich nicht die kleinen Blätter, die notleidend sind. Wir stellen vielmehr fest, dass sich diese noch ganz ordentlich über Wasser zu halten vermögen. Bedroht sind eher die grösseren Blätter mit Auflagen zwischen 20 000 und 50 000 Exemplaren. Und gerade diese würden Sie, Herr Graf, mit Ihrem Antrag benachteiligen. Es gibt Blätter in dieser Grössenordnung, die nur existieren können, weil nebenbei noch ein Akzidenzbetrieb geführt wird, von welchem die Zeitung lebt. Ihre Annahme, es seien vorwiegend die kleinsten Blätter, die der Hilfe bedürfen, ist also unzutreffend.

Sodann können bei Ihrem Vorschlag auch Wettbewerbsverzerrungen eintreten. Wir sind bekanntlich immer noch ein sehr zeitungreiches Land, wenn auch zuzugeben ist, dass sich dieser Zustand leider langsam ändert. Wir haben doch viele Blätter, deren Auflagen sich gerade im Bereich jener Grenzen bewegen, die Sie in Ihrer Skala ziemlich willkürlich wählen. So wäre zum Beispiel ein Blatt mit 19 500 Exemplaren Auflage gegenüber einem solchen mit 20 500 Exemplaren ohne sachlichen Grund benachteiligt. Denn gerade in diesen Grössenbereichen spielt die Konkurrenz auf dem Sektor der Abonnementspreise eine wesentliche Rolle.

Herr Hofmann hat richtigerweise die Frage gestellt: Wie wollen Sie die Auflage feststellen? Die Zeitungen haben heute eine Einrichtung, mit welcher von Zeit zu Zeit ihre Auflage beglaubigt wird. Wenn Sie sich auf diesem Gebiet etwas auskennen, dann wissen Sie, was die Zeitungen jeweils auf diesen Stichtag hin vorkehren, um ihre Auflage aufzublähen. Sollte Ihr Antrag angenommen werden, würde vermutlich auf diesen Stichtag hin eine gegenteilige Bewegung eintreten. Damit möchte ich nur veranschaulichen, wie schwierig es wäre, objektiv – von aussen her – eine Zeitungsauflage festzustellen.

Ich möchte Sie daher bitten, Ihren Antrag zurückzuziehen.

Kündig: Noch ganz kurz zum Antrag Graf. Ich glaube, er geht in die falsche Richtung. Er betreibt nicht Presseförderung, sondern belastet die Presse noch zusätzlich. Die einzige Förderung, die er mit seinem Antrag betreibt, ist die Steuerbefreiung für Auflagen bis zu 5000 Exemplaren. Nachher ist ja für die gesamte Presse ein Steuersatz von 2,5 Prozent vorgesehen. Nach seinem Antrag aber müsste die Presse ab 20 000 bis 50 000 Exemplare neu mit 5 Prozent belastet werden, ab 50 000 Exemplaren sogar mit 8 Prozent. Dies nicht etwa nur für Inserate – ich habe nämlich den Titel genau gelesen –, sondern für die gesamte Zeitung. Ich glaube deshalb, dass man den Zeitungen einen schlechten Dienst erweisen würde, wenn man dem Antrag Graf zustimmen wollte.

Noch ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Kommissionspräsidenten. Er hat die Inserate als nicht informationswürdig betitelt und sie damit in ein zwiespältiges Licht bringen wollen. Ich glaube aber gerade, dass das Zeitungsinserat dem Informationsbedürfnis unserer Zeit sehr entspricht und auch entgegenkommt. Wenn Sie zum Beispiel die Zeit des deutschen Zeitungstreikes vor einigen Wochen betrachten, stellen Sie fest, dass das Marktsystem, wie wir es haben und wie es auch unsere Nachbarländer kennen, absolut nicht mehr funktioniert, wenn man seine Angebote nicht mehr unterbreiten und wenn der interessierte Käufer sich nicht mehr erkundigen kann, wo was erhältlich ist. Ich glaube deshalb, dass das Inserat zu einem Informationsbedürfnis mindestens gleicher Grössenordnung zu zählen ist wie der übrige Text der Zeitungen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je crois, quoi qu'en pense M. Kündig, qu'il faut quand même faire une distinction très nette entre ce qui est information, service du public, satisfaction d'un besoin fondamental de l'homme d'une part, et ce qui est publicité d'autre part, c'est-à-dire recherche d'affaires ou de places. Ce sont des choses très différentes. Il est indiscutable que l'information doit être taxée au taux le plus favorable de 2,5 pour cent. Par contre, je vois mal comment nous pourrions séparer les annonces de toute la publicité en général. J'admets l'intérêt des annonces dans un journal, il arrive même souvent que la partie de la réclame soit plus intéressante que la partie rédactionnelle, dans certains journaux illustrés en particulier; mais ce n'est pas une raison, car le but reste commercial, pour lui accorder, un traitement de faveur. Je ne vois pas pourquoi nous accepterions 2,5 pour cent pour les annonces dans les journaux, alors que les autres manifestations de la publicité, les panneaux-réclame, les inscriptions murales, la publicité dans les manifestations, l'envoi de brochures, la surexpansion des brochures et des prospectus qui envahissent nos boîtes aux lettres, la publicité à la télévision, dans les salles de cinéma, bénéficieraient d'un traitement de faveur. Il n'y a aucune raison, d'autant plus que l'on doit considérer généralement que cette publicité – tant mieux pour les imprimeries et tant mieux pour ceux qui l'organisent! – est plutôt surabondante; il n'y a aucune raison de l'encourager. Dès lors, je vous propose de vous en tenir à nos propositions, le 2,5 pour cent étant réservé aux prestations de l'information et non pas aux annonces.

La proposition de M. Graf est originale, c'est un barème progressif que l'on introduit pour les journaux. Cela paraît ingénieux, c'est en tout cas compliqué. Comme M. Kündig l'a relevé tout à l'heure, je pense que l'opération charge la presse plus qu'elle ne l'encourage car avec des tirages de 20 000 et plus l'imposition est plus élevée que nous ne l'avons prévu nous-mêmes. Les quatre catégories de journaux, M. Egli le relevait tout à l'heure, c'est assez arbitraire! Il y a des journaux de moins de 5000 exemplaires, de tirage confidentiel, qu'il ne faut pas encourager du tout. Par contre, il peut y avoir des journaux au-dessus de 20 000 exemplaires que l'on devrait pouvoir alder vigoureusement. Notre proposition d'une imposition unitaire à 2,5 pour cent est au fond plus logique. La proposition de

M. Graf nous paraît comme un hors-d'œuvre varié d'aide différentielle à la presse. Je trouve que c'est un peu trop hors-d'œuvre pour convenir à la simplicité de notre menu. Je propose de la rejeter.

Präsident: Zunächst bereinigen wir die Anträge von Mehrheit und Minderheit der Kommission in bezug auf Einfügung der Inserate.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	17 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	8 Stimmen

Präsident: Nun entscheiden wir über den Antrag Graf, der die Zeitungen hier herausnehmen und neu in einer Ziffer 1bis unterbringen möchte. Der Antrag wird von Bundesrat und Kommissionspräsident abgelehnt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Graf	3 Stimmen
Dagegen	21 Stimmen

Bst. e Ziff. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

5 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr von Wein sowie auf den gastgewerblichen Leistungen;

Minderheit

(Muheim, Andermatt, Broger, Hofmann, Krauchthaler, Kündig, Wenk)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Let. e ch. 2

Proposition de la commission

Majorité

A 5 pour cent sur les transactions et l'importation de vin, ainsi que sur les prestations...

Minorité

(Muheim, Andermatt, Broger, Hofmann, Krauchthaler, Kündig, Wenk)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hofmann, Berichterstatter: Damit kommen wir zum «Weinkrieg», indem durch den Antrag Grosjean Ziffer 2 den mit 5 Prozent privilegierten gastgewerblichen Leistungen die Umsätze und Einfuhren von Wein hinzugefügt werden sollen. Der Beschluss kam in der Kommission mit 8 : 7 Stimmen zustande. Ich gehöre der Kommissionsminderheit an. Deshalb beantrage ich, zunächst Herrn Grosjean das Wort zu erteilen und dann, als Sprecher der Minderheit, Herrn Muheim.

M. Grosjean: J'avertis d'emblée que ce ne sera pas une guerre de religion, mais il est intéressant de constater que le vin n'a pas la même image pour les Latins que pour nos Confédérés de Suisse alémanique. Cela ne signifie pas que nos collègues suisses alémaniques l'apprécient moins, Madame. Non! Mais le vin a pour eux un caractère davantage somptuaire. C'est une boisson que l'on ne consomme pas tous les jours, réservée plus volontiers pour les jours de fête. D'où leur tendance à traiter le vin comme un produit de luxe qui par conséquent peut être taxé avec le taux maximum, en l'espèce de 8 pour cent. Au contraire, les Latins, et je crois que l'on peut examiner ce qui se passe en France, en Italie, en Espagne à ce sujet, pour les races méditerranéennes, nous retrouvons la trilogie de l'agriculture, à savoir le blé, l'olivier et la vigne. C'était vrai dans l'Antiquité et c'est assez intéressant de constater aujourd'hui encore qu'il y a cette différence assez considérable entre la conception germanique et la conception latine en ce qui concerne le vin.

De toute évidence, nous avons constaté lors des discussions qui ont précédé la votation du 12 juin qu'un vif mécontentement est né en Suisse romande au sujet du problème du vin. Ce produit, je vous le rappelle, ce produit de la terre avait été traité dans le premier projet sans discrimination et frappé d'un taux de 10 pour cent, soit le maximum. Pourtant, les produits comestibles, les boissons non alcooliques, les biens de première nécessité, bénéficiaient de taux favorables. Cette discrimination a choqué en Suisse romande, non seulement les vigneronns mais bien des citoyens et des consommateurs. Ceux-ci ne comprenaient pas pourquoi la boisson élémentaire accompagnant le repas ne bénéficiait pas d'un taux d'imposition privilégié.

Dans ce second projet fiscal, nous avons voulu répondre aux objections entendues. Il fallait donc, en bonne logique, prévoir un statut particulier pour le vin. Fallait-il prévoir le taux de 2,5 pour cent qui frappe les transactions et l'importation des produits comestibles, du bétail, des céréales, des médicaments? Dans toutes choses, il faut être mesuré et nous n'avons pas estimé qu'il fallait retenir ce taux. Mais entre le maximum de 8 pour cent et le minimum de 2,5 pour cent, il y a de la marge et c'est pourquoi nous avons proposé un taux moyen de 5 pour cent. Il y a un avantage à cela, c'est que nous retrouvons dans cette catégorie l'imposition sur les prestations de l'hôtellerie et de la restauration. Dans la systématique générale, la conception que nous proposons s'intègre donc parfaitement. Le vin, produit de notre terre, dépendant étroitement des grandes servitudes de l'agriculture, doit bénéficier d'une certaine sollicitude – je dis bien d'«une certaine sollicitude» – il n'a jamais été dans notre sentiment de lui accorder un taux minimal. On ne comprendrait pas – et en 1977 on n'a pas compris dans le peuple – que des boissons telles que le Coca-Cola, le Schweppes et d'autres boissons plus ou moins chimiques soient imposées à un taux minimum alors que le fruit du travail du vigneron était frappé sans aucune bienveillance.

La culture de la vigne fait partie de notre patrimoine. Elle s'intègre dans cette paysannerie suisse qui est l'objet de nos soins attentifs.

A cet argument fondamental et qui, encore une fois, est d'ordre «latin», s'en ajoute un autre, d'ordre économique. Les vigneronns sont singulièrement désavantagés par les conditions topographiques dans lesquelles ils travaillent. Il suffit de connaître les grandes plaines espagnoles et françaises, les coteaux harmonieux du Chianti ou de Yougoslavie, pour savoir que les frais de culture sont et seront toujours plus élevés chez nous qu'à l'étranger. Jusqu'à présent, grâce à la qualité, grâce à une connaissance plus approfondie de la manière d'élever nos vins, nous avons pu lutter contre la grande masse des vins courants étrangers. Mais lorsqu'on voit les progrès accomplis par les encaveurs espagnols, français ou italiens, qui réussissent avec cela à vendre leur vin en Suisse à moins de 3 francs la bouteille, l'on demeure songeurs. Restera-t-on compétitifs?

Il ne s'agit pas, bien sûr, de faire des discriminations entre vins indigènes et importés mais il faut au moins que les vigneronns suisses se sentent soutenus par leurs autorités lorsqu'il s'agit d'imaginer une échelle fiscale et d'y intégrer les divers produits. L'attention vouée à l'agriculture doit être de la même qualité envers la viticulture. C'est dans cet esprit que je vous invite à soutenir la proposition de la majorité de la commission. Il s'agit donc d'une modification de l'article 9, 2e alinéa, lettre e, chiffre 2; dans le taux de 5 pour cent, on ajoute le vin. Le texte devient alors: «L'impôt s'élève à 5 pour cent sur les transactions et l'importation de vin, ainsi que sur les prestations de l'hôtellerie et de la restauration.»

Muheim, Sprecher der Minderheit: Für die starke Minderheit stelle ich den Antrag, dem Bundesrat zu folgen und den Wein mit dem gewöhnlichen Satz von 8 Prozent zu belasten. Es ist nicht einfach, Sie nach diesem lateinisch

stillvollen Votum des Kollegen Grosjean in strenger Nüchternheit und dabei noch über das Thema Wein zu überzeugen, dass 8 Prozent eben doch – in den Gesamtzusammenhängen betrachtet – die richtige Lösung ist. Sie haben bestimmt am 6. April in der «La Suisse» gelesen: «Il est équitable de faire un geste de bonne volonté à l'égard de nos vins et de nos viticulteurs.» Es stellt sich aber für uns die Frage: Gibt es überhaupt sachliche Gründe, um den Wein mit einem andern Prozentsatz zu belegen als die allgemeinen Steuerobjekte? Wir müssen doch nebst den mehr emotionalen Stellungnahmen nach sachlichen Gründen suchen. Ich habe keine gefunden. Nach meiner Überlegung gibt es aus der Natur der Sache keinen begründeten Anlass, dieses Entgegenkommen (5 Prozent) zu beschliessen. Nicht etwa nur Weine schweizerischer Provenienz, sondern auch die Importweine sollten diesen Vorzug geniessen. Vielleicht spielt unausgesprochen eine gewisse Überlegung mit, dass im gastwirtschaftlichen Bereich der ausgeschenkte Wein auch «nur» mit 5 Prozent belastet werde, so dass der Wein im gewöhnlichen Handel die gleiche Behandlung erfahren sollte. Aus dem Mechanismus der Mehrwertsteuer heraus ist jedoch zu beachten, dass im Gastwirtschaftsgewerbe die 5 Prozent auf ganz andern Preisen, nämlich auf den dort gültigen Servicepreisen zu berechnen sind. Vergessen wir nicht, dass der Restaurateur und Hotelier seine Vorsteuer – 8 Prozent auf Wein – abziehen darf. Das sind zwar verschiedene Prozentsätze, aber auch ganz verschiedene Kosten und zu berechnen aus ganz verschiedenen Preisen. Es ist deshalb so, dass eigentlich der Weinlieferant, der Weinbauer und all jene, die am Umsatz des Weines wirtschaftlich interessiert sind, mit dieser Privilegierung eigentlich und letztlich gar keine Vorteile erhalten. Nur der Vorabzug wäre bei 5 Prozent kleiner. Die Gesamtabgabe für den Letztverbraucher ist dann doch letztlich dieselbe.

Es kommt ein Zweites dazu: unseren Weinbauern die Annahme dieser Vorlage schmackhaft zu machen. Abstimmungspolitische Überlegungen sind für die Politiker tägliches Brot. Die Frage ist nur: Ist es richtig, dem Weinkonsum ein Entgegenkommen zu zeigen, während in den vielen anderen Bereichen, bis jetzt fast in allen Bereichen, eine harte Linie eingehalten wurde? Wir haben doch heute morgen und heute nachmittag eine Reihe von Anträgen abgewiesen, obwohl sie abstimmungspolitisch wichtige Kreise betrafen. Vergessen Sie u. a. nicht die Diskussion um die Coiffeure und andere Dienstleistungen. Ich habe es schwer, hier im Blick auf Abstimmungspolitik mitzumachen. Das wäre ein Fass ohne Boden. Wir könnten letztlich alle Dienstleistungen und allen Warenverkehr entlasten. Alle sind ja getragen von Interessenten und letztlich in irgendeiner Form von Konsumenten, ob von reichen oder von weniger reichen.

Ich gebe noch einen Gesichtspunkt zu bedenken. Verschaffen wir wirklich dem Weinproduzenten, also unserem einheimischen Weinbauer, einen Vorteil, wenn wir hier entgegenkommen würden? Die Mehrwertsteuer – und das muss noch einmal gesagt sein – ist eben eine Steuer, die zu überwälzen ist. Von diesem Gesichtspunkt aus ähnelt sie in fast umfassendem Masse der jetzt geltenden WUST. Die Überwälzung ist auch bei der WUST gegeben. Diese ist für den Wein zum ordentlichen Ansatz während Jahren, ja sogar Jahrzehnten gültig.

Ich weise noch auf einen Punkt hin, der uns zu überzeugten Anhängern der Minderheit gemacht hat. Das sind die Konsequenzen auf andere Produkte. Gegenfrage: Warum wird denn nicht auch das Bier unter diese Sonderlösung eingereiht? Das Bier ist doch das Getränk des kleinen Mannes. Wir müssten eigentlich an den Konsumenten denken, weil er bezahlt, je nach Marktlage entweder das Ganze oder einen Teil dieser Steuer. Warum denn nicht auch vergorener Apfelsaft? Bier und vergorener Apfelsaft sind aber unter der 8-Prozent-Gruppe eingereiht. Diese Liste könnten wir vermehren. Wir würden eine Türe öffnen, die

wir, wenn wir dann logisch bleiben wollten und wenn wir rechtsgleich sein sollten, immer weiter öffnen müssten.

Ein Weiteres: Das ist der Verlust in der Staatskasse. Die Experten der Verwaltung sprechen von zirka 40 Millionen pro Jahr, und das ohne jede Kompensation. Dürfen wir es uns leisten, aus diesem, wie ich glaube, ausgewogenen «Geben und Nehmen» einen solchen Brocken wegzubrechen, nachdem wir bei der direkten Steuer Entlastungen beschlossen haben? Vielleicht sind diese nicht für alle Damen und Herren in diesem Rate hinreichend, aber es sind Entlastungen grossen Ausmasses, Entlastungen also, die auch dem kleinen Weinbauer und dem kleinen, im Weinbauernbereich tätigen Arbeitnehmer und Selbständigerwerbenden zugute kommen.

Darf ich auf ein fast mehr technisches Faktum hinweisen. Sie haben auf derselben Seite der Fahne weiter oben festgestellt, dass Weinbauern dann steuerfrei sind, wenn diese im Jahr für nicht mehr als 40 000 Franken Wein liefern. Also eine bestimmte Gruppe, die Kleinen, ist ausgenommen. Die Mittलगrossen werden mindestens die administrativen Erleichterungen für sich beanspruchen können.

In einer Gesamtwürdigung steht fest, dass es nicht angeht, der Mehrheit zu folgen, und dass wir uns leider entschliessen müssen, den Wein mit 8 Prozent zu belasten. Dabei wird selbstverständlich nicht vergessen, dass uns die Sorgen unserer Weinbauern bekannt sind. Aber nicht auf diesem Weg werden diese Sorgen gelöst. Wir müssen Lösungen auf die inländische Produktion zuschneiden und nicht auf den Wein schlechthin, ob er vom Inland kommt oder aus dem Ausland importiert wird. Die Liebe zum Wein kostet offenbar etwas. Ich meine, es gilt hier das, was etwa überall gilt: Die Liebe ist teuer. Wir werden uns dazu kennen müssen, auch hier ein Opfer all jenen abzuverlangen, die Wein trinken. Ich selbst mache mit, weil ich doch den Weingenuss einem Weinkrieg vorziehe.

M. Debétaz: Je vous engage résolument à voter la proposition de la majorité de la commission, brillamment défendue par M. Grosjean. Ce n'est pas la première fois que vous m'entendez à propos de la fiscalité qui frappe le vin. Lors du débat qui a conduit au projet rejeté le 12 juin, j'ai relevé qu'il était inéquitable de le frapper d'une taxe de 10 pour cent. J'ai proposé de le traiter comme un produit agricole, ce qu'il est incontestablement. M. Bürgi, qui était alors rapporteur de la commission, a également reconnu que c'était le cas et M. Chevallaz a bien voulu reconnaître la logique du raisonnement. Mais MM. Chevallaz et Bürgi n'ont pas été jusqu'à la conclusion logique que ce raisonnement appelait.

La proposition que vous fait maintenant la majorité de la commission est mesurée. Cette proposition ne prévoit pas pour le vin une taxe semblable à celle retenue pour les autres produits agricoles. L'impôt sur les transactions et importations de vins devrait être fixé à 5 pour cent. Il s'agit, je le rappelle, du taux prévu pour les prestations de l'hôtellerie et de la restauration. Il n'est pas nécessaire de rappeler que le vin servi dans les hôtels, restaurants et cafés fait précisément partie des prestations pour lesquelles on envisage un taux de 5 pour cent.

La logique trouve incontestablement son compte dans la proposition de la majorité de la commission. Il a été relevé – on y reviendra peut-être aujourd'hui – que pour l'impôt actuel sur le chiffre d'affaires, on ne fixe pas un taux spécial pour le vin. C'est vrai, mais une disposition inéquitable ne perd pas ce défaut parce qu'elle est appliquée depuis un certain nombre d'années. L'inégalité subsiste et il faut profiter du nouveau projet pour apporter une correction qui est tout à fait justifiée.

Le vin est un produit de la terre; il honore les personnes qui la travaillent, il honore la personnalité du vigneron, son caractère, son tempérament, sa volonté de tenir. Nous avons, de notre côté, le devoir d'honorer ces qualités authentiques. Le vin honore également les personnes qui l'apprécient, avec tout le respect dû à ses vertus. Comme

le déclarait tout à l'heure M. Grosjean, le vin n'est effectivement pas un produit de luxe. Le vin n'est pas réservé à telle ou telle catégorie de consommateurs. Il est servi dans l'hôtellerie et la restauration; on trouve le vin dans les réfectoires de chantier, d'entreprise; on le boit aussi à domicile. M. Grosjean a souligné, à juste titre, les aspects économiques du problème qui nous est posé maintenant; je n'y reviens dès lors pas. J'entends en revanche ajouter que le vin est un produit vertueux. Pasteur, ce chercheur, ce savant éminent, après avoir déclaré qu'il ne fallait pas faire perdre à l'homme l'habitude du vin, a précisé qu'un client perdu pour ce noble breuvage était un client gagné pour l'alcool et qu'un homme privé de vin se défend beaucoup moins bien contre l'alcool, les drogues et les stupéfiants. Le vin est donc non seulement un produit sain; il contribue à la santé et il prévient les dérèglements. Je tiens à dire encore que la population du pays tout entier, finalement, est concernée; le vin est précisément un produit particulièrement indiqué pour favoriser l'union des esprits et des cœurs, dans toutes les régions helvétiques. Ne faisons donc pas du vin un objet de division. M. Muheim, tout à l'heure, a évoqué les conséquences sur la caisse fédérale; je crois pouvoir déclarer que celles-ci sont tout à fait admissibles.

Je vous invite donc, encore une fois chaleureusement, à vous prononcer en faveur de la proposition de la majorité de la commission; elle est raisonnable et mesurée.

Hofmann, Berichterstatter: Da Herr Bundesrat Chevallaz als Vaudois in dieser Frage vielleicht «zwei Seelen in seiner Brust» hat, möchte ich ihm das Opfer eventuell etwas abnehmen und einige nüchterne Feststellungen machen: Die Gleichstellung des Weines mit den übrigen landwirtschaftlichen Produkten rechtfertigt sich einfach nicht. Wie wir alle wissen, ist der Wein ein besonderer Saft. Mit dem gleichen Recht könnten die Tabakpflanzer, um nicht noch weitere Beispiele aufzuzählen, eine solche Privilegierung verlangen. Diese Privilegierung des Weins gegenüber den andern alkoholischen Getränken (zum Bier, zum Most) lässt sich nicht rechtfertigen. Das würde automatisch Anschlussbegehren rufen. Sie sind auch prompt eingetreten. Ich habe eine Eingabe des Schweizerischen Obstverbandes, der – das liegt auf der Hand – für sein Produkt die gleiche Behandlung erwartet.

Ich verstehe am Antrag Grosjean nicht, dass er die Weineinfuhr begünstigt durch Herabsetzung von 8 auf 5 Prozent. Dabei werden wir früher oder später mit Begehren unserer Weinwirtschaft zu tun haben, die eine Erschwerung des Importes verlangen, wofür ich Verständnis habe. Aber welcher Widerspruch, wenn wir nun hier ausgerechnet die Weineinfuhr begünstigen würden mit einem Satz, der zum Beispiel für lebensnotwendige Artikel (Schuhe usw.) 8 Prozent beträgt! Es würde das nicht verstanden. Ich habe in der Kommission eindringlich darauf hingewiesen. Wir alle haben gestern und heute morgen – ich weiss es nicht genau – eine Eingabe des Konkordates der Krankenkassen erhalten. Lassen Sie mich einen Satz daraus zitieren. Die Krankenkassen befürchten die Reduktion der Subvention für die Krankenkassen. Das Konkordat schreibt: «Der Moment schiene uns gekommen, gesundheitsschädigende Waren, wie beispielsweise den Wein, vermehrt zu besteuern und die Erträge zur Subventionierung der Krankenversicherung zu verwenden. Dies kann jetzt durch eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auf diesen Waren geschehen.» – Stellen Sie sich vor, was wir da für Widersprüche provozieren und berechnete Einwendungen gegen manches, das wir zum Teil contre cœur hier beschliessen und bestimmen müssten.

Sodann ergäbe der Antrag Grosjean rein technisch für Steuerpflichtige Abrechnungsschwierigkeiten. Der Detailist, der Most, Bier und Wein führt, müsste und könnte für Wein anders abrechnen als für Bier, Most usw. Das ergäbe Komplikationen, und es käme der Vorwurf, so kompliziert wie möglich habe man die ganze Geschichte geregelt.

Schliesslich bestätige ich, was Herr Muheim gesagt hat: Ausfall 40 Millionen. Das gesamte Ergebnis der Kommissionsberatungen brachte einen Ausfall von insgesamt 60 Millionen; davon liegen 40 Millionen hier. Ich glaube, wir können dem Antrag Grosjean nicht zustimmen, ich bin aber gerne bereit, auf andere Weise den Absatz der welschen Weine zu fördern.

Frau Lieberherr: Wenn ich die beiden Herren Grosjean und Debétaz höre – sie sprachen von «boisson élémentaire – boisson saine» –, dann bewundere ich die Phantasie unserer welschen Miteidgenossen. Ich muss aber doch sagen, dass sie hier ganz gewaltig übertreiben. Ich habe immer gemeint, dass die Milch unser elementares Nahrungsmittel sei. Ich möchte Herrn Krauchthaler sagen: Wenn es dann um die Milch geht, bin ich immer bereit, die Milch zu unterstützen! Da kann er sicher auf mich zählen. In aller Offenheit darf ich aber doch sagen, dass hier niemand etwas gegen den Wein an und für sich hat. Beim Wein nun aber eine derartige Ausnahme zu machen, muss ich auf der einen Seite als Konsumentin und dann auf der andern Seite als Verantwortliche für die Volksgesundheit ablehnen.

Als Verantwortliche für die Volksgesundheit müssen wir uns doch einfach fragen: Wieviel Geld legen wir jedes Jahr zur Bekämpfung von Alkoholschäden aus? Wie gross sind die Versuchungen, nicht nur bei andern Getränken, sondern auch gerade beim Wein? Es würde wohl überhaupt von niemandem verstanden im grossen Volk draussen, vielleicht mit Ausnahme unserer lieben welschen Miteidgenossen oder einer Gruppe daraus, dass wir hier eine Ausnahme stipulieren. Wir sind doch nicht glaubwürdig, wenn wir auf der einen Seite Massnahmen einleiten zur Bekämpfung des Alkoholismus und sehen, wie gross die Schäden in allen Bereichen sind: in der öffentlichen Fürsorge, im Gesundheitswesen. Wir legen jedes Jahr Milliarden aus, um diese Schäden zu bekämpfen. Wenn Sie dann hingehen und einen ganzen Tag zusammen raufen – das dürfen wir doch sagen – zu einer Lösung und dabei wichtige Anträge ablehnen, aber dann gerade hier eine Ausnahme machen, so verstehe ich das nicht.

Ich sehe mich hier aber auch als Vertreterin der grossen Zahl der Konsumentinnen. Wieso soll hier eine Ausnahme gemacht werden, wenn solche für lebensnotwendige Produkte, Güter und Dienstleistungen, die es eher verdienen würden, abgelehnt werden? Ich glaube, auch hier müssen wir davon ausgehen, dass der durchschnittliche Bürger dies einfach nicht verstehen würde.

Ich sage das nicht, um bloss Konzessionen zu machen an den letzten Stimmbürger. Wir müssen aber doch sehen, dass der Stimmbürger dann zu etwas ja sagen muss. Ich habe von Herrn Muheim gehört, dass wir hier 40 Millionen Franken verlieren würden. Auch hier möchte ich wieder sagen: Ich glaube, wir haben andere Sachen abgelehnt, die sozialpolitisch wichtiger gewesen wären, die uns weniger gekostet hätten. Hier aber geht es darum, eine bestimmte Wirtschaftssparte zu protegieren, ihr also einen Protektionspreis zu bezahlen, der mir im Blick auf die Gesundheit unseres Volkes einfach nicht gerechtfertigt scheint. Wir sollten uns hier deshalb zu einer Ablehnung aufraffen.

M. Genoud: Vous auriez peut-être été étonnés qu'un représentant du plus grand canton producteur de vin de ce pays ne prenne pas la parole à ce sujet. Je ne voudrais pas vous laisser par des remarques qui ne seraient que des répétitions de ce qui a été dit jusqu'à maintenant.

Je crois que M. Grosjean, en premier, a fait un plaidoyer remarquable en faveur de ce produit de la terre. Ce plaidoyer se trouve encore renforcé par l'intervention de M. Debétaz. Mais les propos que vient de tenir Mme Lieberherr motivent quand même une intervention pour faire admettre peut-être qu'on doit présenter le vin avec plus de nuances, par rapport à la santé publique. Si l'on s'en tient uniquement aux dégâts que cause le vin à la santé,

je crois qu'il faudrait également revoir la liste des produits de première nécessité qui figurent sous la lettre e. Il existe aussi, dans bien des cas, une surconsommation de médicaments qui est préjudiciable à la santé. Je ne crois même pas que tous les journaux et toutes les revues sont bénéfiques pour l'état de santé de notre population. On pourrait en dire autant peut-être de la production animale car la surconsommation de viande a aussi quelque chose à voir avec l'état de santé de nos citoyens. Je pense qu'il faut s'en tenir à la formule de Paracelse: «Tout est poison, rien n'est poison, tout est dans la mesure.»

Pour le vin comme pour le reste, c'est une question de mesure. On a dit aussi par ailleurs qu'il y avait deux façons de le maltraiter: c'est de ne point en boire et d'en boire trop. Je n'insisterai pas davantage sur les vertus et les qualités de ce produit de la terre. Je veux reconnaître simplement que la question est très délicate de savoir s'il faut lui aménager un statut particulier. En effet, l'imposition qui le frappe actuellement est plus élevée que 5 pour cent, elle excède même le taux de 7 pour cent en moyenne.

On trouvera certainement un peu insolite que lorsqu'on s'attelle à une réforme fiscale visant à procurer des ressources nouvelles à la Confédération, on abaisse, pour ce produit et pour celui-là seul, le taux qui le frappe aujourd'hui et qu'on perde par là même des recettes qui sont déjà existantes. M. Debétaz a souligné que s'il y a eu mauvais traitement jusqu'à maintenant, ce n'était pas une raison suffisante pour persister. Il est aussi probable que de larges cercles de l'opinion publique, que des citoyens en assez grand nombre, comprendraient assez mal un abaissement du taux. Peut-être risqueraient-ils de porter un jugement aussi global que celui de notre collègue, tout à l'heure, quant à nos intentions en matière de lutte contre l'alcoolisme si on en abaissait le taux.

Il n'en reste pas moins que si l'on s'abstient de considérer ces problèmes particuliers, il faut quand même affirmer que le vin est un produit de notre terre et que la viticulture est une partie intégrante de notre agriculture. On comprend assez mal, dans de larges couches de la population – je veux bien admettre qu'il s'agit là d'un phénomène plus particulièrement romand et tessinois – on comprend donc assez mal, dans le reste de la Suisse aussi, que cette boisson soit frappée d'un taux aussi élevé par rapport aux autres boissons. Je voudrais donc, en reconnaissant qu'il y a des difficultés extrêmement grandes, celles du taux actuel, celles de l'opinion publique en général, apporter ma voix pour qu'on fasse un pas dans la recherche d'une plus grande égalité de traitement de cette boisson, malgré ce qu'on en a dit, noble entre toutes par rapport à d'autres boissons fabriquées qui ont certainement moins de titres de noblesse. Je crois que le taux de 5 pour cent qui est appliqué au secteur de l'hôtellerie et de la restauration permettra déjà, pour une bonne part, de faire en sorte que le taux appliqué pour la plus grande partie de la valeur ajoutée soit appliqué aussi pour le vin. Il me semble que la petite différence pour le vin au niveau des transactions commerciales, de l'importation et de la production, pourrait également être admise à la condition qu'on veuille bien ne pas monter sur les barricades, ou chercher d'autres objectifs à ce document qui vise une amélioration de la fiscalité, et non pas la lutte contre la surconsommation qui cause des dommages dans d'autres domaines également. Voilà pourquoi j'appuie aussi la proposition de la majorité de la commission.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Vous comprendrez que ce n'est pas de gaieté de cœur que je prends la parole. Je pourrais me taire et vous laisser juger mais j'accréditerais peut-être un peu trop facilement l'idée, à propos du vin, d'un clivage définitif entre la Suisse romande et la Suisse alémanique. Je pense que c'est tout de même exagérer l'importance du problème qui se pose aujourd'hui. Vous comprendrez bien que mon cœur de Vaudois est touché. J'ai entendu avec émotion la brillante thèse géo-

politique et viticole de mon ami Grosjean, les arguments cordiaux de mon ami Debétaz et les propos pleins de raison de mon ami Genoud. Ils ont tout leur pouvoir de conviction et de séduction. Je sais que l'acceptation d'un taux de 5 pour cent pour le vin serait bien accueilli en Pays romand, dans une notable partie du Pays romand, et que l'un des motifs de l'opposition à la TVA serait ainsi levé sur les rivages des lacs romands et dans la vallée du Rhône et dans quelques autres régions. Encore, soit dit en passant, que le 12 juin 1977 – cela nous aidera à dédramatiser le problème – il s'est trouvé que des communes viticoles, dans le canton de Vaud et en Valais et dans le district de Vevey en pleine Fête des vigneron, ont donné des majorités acceptantes, étonnamment, à une TVA qui était de 10 pour cent, vin compris. Sans doute, mon appui inconditionnel à la proposition souriante de la majorité serait-il très bien accueilli par de nombreux Romands et dans de nombreuses caves et peut-être me hisserait-il même à la hauteur d'un major Davel, mais d'un major Davel qui aurait réussi, lui, à libérer le vin à défaut de libérer les Vaudois et qui serait peut-être mieux payé de gratitude que l'autre. Mais les quelques menues obligations que j'assume ici et le souci que j'en ai me contraignent à placer, en regard de l'enthousiasme libérateur, quelques considérations un peu plus terre à terre et la constatation d'un état de fait assez normal. Je ne suis pas ici pour faire plaisir, les Vaudois le savent et les Suisses en général, et je continuerai dans cette voie.

Le vin, tout d'abord, est depuis plus de trente ans soumis à l'impôt sur le chiffre d'affaires normal sans que cette imposition ait démontré qu'elle était économiquement insupportable; elle n'a, que je sache, choqué personne pendant trente ans, elle n'a pas non plus empêché la communion cordiale autour d'un verre ou de quelques bouteilles. Je pense même que la situation économique du vignoble est meilleure aujourd'hui qu'elle ne l'était à l'époque où un très estimable conseiller fédéral vaudois devait prêter son nom à l'action d'écoulement des surplus pour laquelle d'ailleurs il n'a pas recueilli la moindre gratitude.

Il y a sans doute encore aujourd'hui, nous le savons, quelques stocks en trop. Le Conseil fédéral en est préoccupé, il s'est prêté à l'encouragement de l'exportation et est intervenu pour modérer l'importation, pour financer les mesures de stockage; mais le passage des 6 à 7 pour cent de l'ICHA, comme le relevait M. Genoud, aux 8 pour cent prévus pour la TVA, ne majorera que d'une manière très minime le prix de la noble boisson, cela d'autant plus que la plus-value du cafetier et de l'hôtelier sur le vin sera de 5 pour cent seulement par souci d'encourager le tourisme.

Les quelque 500 vigneron-encaveurs qui, à la différence des coopérateurs et des vigneron commerçants, échappaient jusqu'ici à l'impôt sur le chiffre d'affaires – que devaient par contre payer leurs clients à partir d'une certaine quantité – ont une situation particulière. Ils seront dorénavant astreints au paiement de la TVA. Cette égalité de conditions est d'ailleurs souhaitée par plusieurs associations viticoles. Mais les franchises et les forfaits que nous avons prévus et que vos commissaires vous proposent d'élargir, ainsi que les dispositions de l'ordonnance d'application que nous étudions actuellement, avec les représentants des vigneron-encaveurs, doivent rendre le passage à la fiscalité supportable, si ce n'est agréable.

Ensuite, si nous voulons nous faire une idée objective de la situation du vin en Suisse – et je suis heureux qu'elle soit favorable – il nous faut comparer l'imposition que nous proposons à celle qui est pratiquée dans les pays voisins, dans les pays proches, y compris dans certains pays viticoles. Le taux le plus favorable à ma connaissance, c'est le taux italien qui est de 12 pour cent. La République fédérale allemande vient ensuite avec 12 pour cent également et quelques suppléments pour des vins particuliers. La France taxe à 17,6 pour cent, plus des droits de consommation et de fabrication, plus 22 fr. 50 par hectolitre sur les mousseux et sur les vins doux,

etc. L'Autriche: TVA, 18 pour cent, impôt sur l'alcool, 10 pour cent, impôt sur les boissons, 10 pour cent, total 38 pour cent. Quant à l'Espagne, elle pratique un impôt tellement compliqué que je ne suis pas arrivé à le comprendre, mais on m'a dit qu'il était en tout cas nettement plus lourd que l'ICHA et la TVA que nous pratiquons. Les pays non viticoles du Nord sont naturellement encore plus empressés à taxer le vin. Je ne citerai que la Belgique: TVA normale, 16 pour cent; TVA sur le vin, 25 pour cent plus 1200 francs belges par hectolitre, et en plus des taxations graduées pour les titres d'alcool dépassant 12 degrés et pour les vins mousseux.

Je m'opposerais avec la dernière énergie à toute imposition particulière du vin, soit à une augmentation de l'imposition du vin par rapport à son statut général aujourd'hui. Mais je crois que nous devons garder la mesure et ne pas donner à cette légère augmentation de l'imposition du vin une dimension dramatique et en faire un élément de politique et d'opposition entre la Suisse alémanique et la Suisse romande. Il ne s'agit pas le moins du monde d'une pénalisation du vin, encore une fois. Enfin, 40 millions ce sont 40 millions, et la solidarité vigneronne traditionnelle comprendra sans doute que ces 40 millions payés non par les vignerons mais, sans que le goût du vin n'en devienne amer, par les clients et par les consommateurs, ces 40 millions donc seront utiles au développement de stations de recherche, aux améliorations foncières, à d'autres mesures utiles à la viticulture, à l'agriculture en général et aux paysans romands de plaine et particulièrement de montagne que j'ai en très chaleureuse amitié et affection.

Je vous propose donc, à mon «cœur défendant» dans une certaine mesure, mais raisonnablement, de suivre les propositions du Conseil fédéral et de la minorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

7 Stimmen
22 Stimmen

Bst. e Ziff. 3, Bst. f, g

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Let. e ch. 3, let. f, g

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hofmann, Berichterstatter: Buchstabe g regelt den Vorsteuerabzug wie bei der letzten Vorlage.

Angenommen – Adopté

Bst. h

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Heimann

Bst. h

Ueber die Steuer und die Vorsteuer wird vierteljährlich abgerechnet.

Let. h

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Heimann

Let. h

La période de décompte de l'impôt et de la déduction de l'impôt préalable est le trimestre civil.

Heimann: Es geht mir hier mehr darum, auch von seiten der Kommissionspräsidenten und allenfalls des Bundesra-

tes zu vernehmen, dass bei der inskünftigen Abrechnung der Mehrwertsteuer nicht der gleiche Schlendrian einreisst wie bei der Abrechnung der AHV-Prämien. Wir haben ja bei der Abrechnung der AHV-Prämien feststellen müssen, dass sich Millionen von Rückständen angesammelt haben. Selberzeit hat man noch den Verzugszins gestrichen; auf Betreiben unsererseits ist er dann wieder eingeführt worden. Ich könnte mir vorstellen, wenn wir hier die gleiche Fassung haben («in der Regel vierteljährlich»), wird es nicht lange dauern, bis der Bundesrat unter Druck genommen wird, zuzugestehen, dass die Abrechnungen halbjährlich oder gar jährlich erfolgen können. In der Zwischenzeit gehen dem Bund die Zinsen auf dem Abrechnungsbetrag verloren und der Wirtschaft wird mehr oder weniger die Möglichkeit geboten, mit der eingezogenen Steuer noch Zwischenfinanzierungen durchzuführen. Wenn ich eine Erklärung erhalte, dass nicht mit einem solchen Ergebnis zu rechnen ist, kann ich meinen Antrag zurückziehen; sonst müsste ich ihn aufrechterhalten.

Hofmann, Berichterstatter: Die Erklärung für die Verwaltung kann ich natürlich nicht abgeben; aber ich nehme an, dass nicht passiert, was Herr Heimann befürchtet. Der Vorschlag des Bundesrates und der Kommission ist bewusst flexibel gehalten: «in der Regel vierteljährlich». Es kann aber Gründe geben, dass in Einzelfällen rascher abgerechnet werden will und dass in andern Fällen eine vierteljährliche Abrechnung nicht notwendig ist. Zum Beispiel: ein grosser Exporteur hat ein grosses Vorsteuerguthaben; er wird nicht gerne vierteljährlich warten, wahrscheinlich benötigt er das Geld; er soll rascher abrechnen, die Vorsteuer vor Ablauf eines Vierteljahres geltend machen können. Aber soll man von einem Steuerpflichtigen, der praktisch nichts abzuliefern hat, unbedingt verlangen, dass er vierteljährlich abrechnen muss? Ich glaube, es ist richtig, dass man den Text und die Möglichkeiten flexibel hält. Bitte, Herr Bundesrat, beruhigen Sie Herrn Heimann, dass der Schlendrian, den er anderweitig sieht, hier nicht eintreten wird.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Les préoccupations de M. Heimann sont aussi les nôtres. Nous ne voulons pas pratiquer le laxisme et une tolérance excessive dans les décomptes, dans la récupération de cet impôt sur la taxe sur la valeur ajoutée et laisser les délais s'élargir en cédant à toutes sortes de pressions, de démarches et d'interventions. Il a raison dans le principe, nous nous en tiendrons, autant que possible, à cette règle trimestrielle, je lui en donne l'assurance. Mais, comme le rapporteur de la commission vient de le dire tout à l'heure, nous nous sommes quand même fixés, dans cette TVA nouvelle manière, un minimum de souplesse. Il y a tout de même des cas et nous ne voudrions pas être bloqués par un règlement trop rigide. Ces exceptions seront exceptionnelles, comme leur nom l'indique, et je crois que M. Heimann peut se rassurer et retirer sa proposition.

Heimann: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Angenommen – Adopté

Bst. i

Antrag der Kommission

Ingress Ziff. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ziff. 2

... Steuerpflichtige ergibt. Insbesondere kann er für Kleinbetriebe mit Jahresumsätzen bis zu 200 000 Franken eine Steuerberechnung zu einem Pauschalsatz unter angemessener Berücksichtigung der Vorsteuer zulassen.

Let. i

Proposition de la commission

Préambule ch. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ch. 2

... pour d'autres contribuables; il peut en particulier autoriser les petites entreprises dont le chiffre d'affaires ne dépasse pas 200 000 francs par an à calculer l'impôt selon un taux forfaitaire, en tenant compte équitablement de l'impôt préalable.

Hofmann, Berichterstatter: Buchstabe i Ziffer 1 sieht vor, dass jemand unter bestimmten Voraussetzungen sich freiwillig unter die Steuerpflicht stellen kann. Es ist denkbar, dass jemand, der nicht steuerpflichtig wäre und deshalb einen Vorsteuerabzug nicht geltend machen kann, Interesse daran hätte, steuerpflichtig zu sein, um eben den Vorsteuerabzug geltend machen zu können. Das soll unter den in Ziffer 1 erwähnten Bedingungen möglich sein.

Zur Ziffer 2: Darüber haben wir vorhin, bei den Steuerbefreiungen, gesprochen. Ich habe dort die notwendigen Erklärungen gegeben. Ich beantrage Ihnen, dem Vorschlag der Kommission, wie er auf der Fahne aufgeführt ist, zuzustimmen, das heisst für Kleinbetriebe mit Jahresumsätzen bis zu 200 000 Franken die Möglichkeit der Pauschalabrechnung vorzusehen.

Angenommen – Adopté

Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Heimann

Abs. 3 Bst. b

Für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen Vorschriften über eine ...

Al. 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Heimann

Al. 3 let. b

Edicter, pour les deux premières années qui suivent l'entrée en vigueur des dispositions d'exécution, des prescriptions sur la...

Hofmann, Berichterstatter: Zu Absatz 3 Litera a habe ich keine Bemerkungen anzubringen. Zur Litera b liegt ein Antrag Heimann vor. Dazu folgendes:

Es ist vorgesehen, die Ausführungsbestimmungen über die Mehrwertsteuer nach der Annahme der Vorlage auf den 1. Januar 1980 in Kraft zu setzen. Für den Uebergang sind gewisse Massnahmen zu treffen, und zwar nach Litera a für einige Zeit nach Inkrafttreten die Einschränkung des Vorsteuerabzuges für Anlagegüter und nach Litera b eventuell Vorschriften über eine befristete Preisüberwachung und Preisanschreibepflicht. Diese drängen sich unter Umständen schon vor Inkrafttreten des Mehrwertsteuerrechtes auf, und zwar aus folgenden Ueberlegungen: Ende 1978 tritt der Bundesbeschluss über die Preisüberwachung ausser Kraft, das revidierte Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb und die Preisanschreibepflicht steht noch in Behandlung, und das Bundesgesetz über das Messwesen enthält nur eine begrenzte Preisanschreibepflicht. Deshalb stellt die Kommission im Anschluss an diese Ziffer 3 Litera b weiter hinten unter Ziffer III, am Schlusse der Vorlage, einen Antrag, der es dem Bundesrat ermöglichen wird, Litera b nötigenfalls schon vor Inkrafttreten des Mehrwertsteuerrechtes in Kraft zu setzen, um auf den Zeitpunkt des Ueberganges hin Missständen vorbeugen zu können.

Ich ersuche nun Herrn Heimann, seinen Antrag zu erläutern.

Heimann: Ich muss Sie bitten, zuerst auf dem Papier, auf dem der Antrag zu finden ist, eine Korrektur anzubringen. Es heisst dort «für die ersten zwei Jahre». Bitte ersetzen Sie die beiden Worte «die ersten» durch «längstens», so dass es heisst «für längstens zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen Vorschriften über eine Preisüberwachung und Preisanschreibepflicht erlassen». Die Aenderung ist nötig, weil die Kommission dem Bundesrat die Ermächtigung gegeben hat, allfällige Ausführungsbestimmungen schon vor dem Inkrafttreten dieser Vorlage in Kraft zu setzen.

Was will die Bestimmung? Mit dieser Bestimmung will man verhindern, dass Warenanbieter hingehen und ihre Preise mit der Inkraftsetzung der Mehrwertsteuer automatisch um 8 Prozent erhöhen, obschon sie nicht mit den vollen 8 Prozent belastet sind, weil die Vorsteuer abgezogen werden kann. Ich habe Verständnis dafür, dass man aus sozialen Gründen für eine gewisse Zeit eine Handhabe haben möchte, um solchen Spitzfindigkeiten und Bereicherungsabsichten zuvorzukommen. Dagegen halte ich es für ausgeschlossen, dass die Preisüberwachung während sechs Jahren, während der ganzen Dauer, während der die Ausführungsvorschriften in Kraft bleiben können, bis sie durch ein Gesetz abgelöst werden, bestehen bleiben soll. Die Konkurrenz, der Wettbewerb, wird dafür sorgen, dass keine Ueberwälzung in einem wesentlichen Ausmass erfolgt, die nicht zulässig wäre. Die Angst verschiedener Konsumentenvertreter, dass hier durch ungerechtfertigte Preis erhöhungen der Lebenskostenindex beeinflusst würde, ist fehl am Platz.

Ich bitte Sie deshalb, Hand zu bieten, damit diese Preisüberwachung für längstens zwei Jahre nach Inkrafttreten vorgesehen wird; nachher soll sie aufgehoben werden. Die Preisüberwachung ist in der gegenwärtigen Zeit eine überflüssige Forderung. Sie hat sich seinerzeit bewährt, aber jetzt wird sie von der Wirtschaft zu recht abgelehnt.

Hofmann, Berichterstatter: In diesem Sinne kann ich persönlich dem Antrag Heimann zustimmen. Nachdem uns bewusst geworden war, was Herr Heimann will, habe ich auch Kontakt mit der Steuerverwaltung aufgenommen. Sie ist ebenfalls einverstanden. Es geht ja nur um die Zeit des Ueberganges von der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer. Auf diese Weise soll nicht eine mehrjährige, unnötig lange Preisüberwachung und Anschreibepflicht vorgeschrieben werden.

Persönlich könnte ich also dem korrigierten, rektifizierten Antrag Heimann zustimmen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral admet le même point de vue. Nous ne tenons pas à maintenir au-delà des limites cette surveillance des prix et nous adhérons à la formule de M. Heimann, corrigée, deuxième version.

Präsident: Der Antrag Heimann wird von niemandem bestritten; Sie haben ihm zugestimmt.

Angenommen – Adopté

Abs. 4–6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Al. 4 à 6

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. III**Antrag der Kommission****Ingress, Bst. a**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Bst. b

Der Bundesrat setzt die Ausführungsbestimmungen über die Umsatzsteuer nach Artikel 9 Absätze 1 und 2 sowie Absatz 3 Buchstabe a der Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung auf den 1. Januar 1980 in Kraft.

Ch. III**Proposition de la commission****Préambule, let. a**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Let. b

Le Conseil fédéral fixe au 1er janvier 1980 l'entrée en vigueur des dispositions d'exécution de l'impôt sur le chiffre d'affaires selon l'article 9, 1er et 2e alinéas et 3e alinéa, lettre a, des dispositions transitoires de la constitution.

Hofmann, Berichterstatter: Zu Litera a habe ich keine Bemerkung anzubringen. Es geht hier um eine komplizierte Angelegenheit der Quellenbesteuerung für Ausländer ohne Aufenthalt. Die Sache scheint mir richtig geordnet zu sein. Zu Litera b habe ich mich bereits vorhin geäußert. Wir haben das bewusst vorausgenommen, damit vorzeitig die Preisanschreibepflicht und Preisüberwachung angeordnet werden könne.

Ich beantrage Zustimmung gemäss Fahne.

Angenommen – Adopté

Ziff. IV – Ch. IV**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident: Wollen Sie auf irgendeinen Artikel zurückkommen? Das ist nicht der Fall.

Bürgli: Gestützt auf Artikel 70 unseres Ratsreglementes möchte ich vor der Gesamtabstimmung im Namen der freisinnigen Gruppe eine Erklärung abgeben. Das Gros der freisinnigen Mitglieder dieses Rates wird der Vorlage zustimmen, wie sie aus der Beratung hervorgegangen ist. Sie tut es aus der Einsicht heraus, dass der Eidgenossenschaft zusätzliche Mittel bewilligt werden müssen, um eine dauernde Schuldenwirtschaft zu vermeiden. Der Erfolg der Vorlage in der Abstimmung von Volk und Ständen ist indessen nur gewährleistet, wenn sie von allen Bundesratsparteien solidarisch vertreten wird.

Wir haben in den bisherigen Beratungen bewusst darauf verzichtet, an Anträgen festzuhalten, denen wir an sich grosse Bedeutung beimessen. Wir wollten damit unsern Beitrag an den unerlässlichen Konsens der Bundesratsparteien erbringen. Sollte es sich bis zum Ende der Beratungen in beiden Räten als unmöglich erweisen, diesen Konsens in einer für uns zumutbaren Weise herbeizuführen, müsste sich unsere Gruppe für die Schlussabstimmung die Stellungnahme vorbehalten.

Wenk: Im Namen der sozialdemokratischen Gruppe erkläre ich, dass wir uns in der Gesamtabstimmung der Stimme enthalten werden. Wir hoffen nach wie vor, dass die Vorlage durch die Behandlung im Nationalrat verbessert werde. Wir würden einer annehmbaren Vorlage gerne unsere Zustimmung geben.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

21 Stimmen

Dagegen

1 Stimme

An den Nationalrat – Au Conseil national

Finanzplan 1979–1981 – Plan financier 1979–1981

Hofmann, Berichterstatter: Die Ausführungen zum Finanzplan, wie sie die Kommission beschlossen hatte, habe ich bereits gestern gegeben. Vorläufig habe ich zum Finanzplan nichts mehr beizufügen.

Präsident: Es ist der Antrag gestellt worden, vom Finanzplan Kenntnis zu nehmen. Ein anderer Antrag liegt nicht vor; Sie haben in diesem Sinne beschlossen.

Motion der Kommission. Ausgleich des Bundeshaushalts**Motion de la commission. Equilibre des finances fédérales**

Text der Motion vom 10. April 1978

Der Bundesrat wird beauftragt, rechtzeitig entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, damit der Ausgleich des Bundeshaushalts – ausgenommen besondere Arbeitsbeschaffungsprogramme – vom Jahre 1981 an sichergestellt ist.

Texte de la motion du 10 avril 1978

Le Conseil fédéral est prié de soumettre en temps utile des propositions adéquates en vue d'assurer l'équilibre des finances fédérales – abstraction faite des mesures destinées à procurer du travail – dès l'année 1981.

Hofmann, Berichterstatter: Sie finden den Text dieser Motion auf Seite 8 der Fahne. Ich habe mich dazu bereits mehrfach geäußert und wiederhole kurz folgendes: Der Bundesrat soll beauftragt werden, rechtzeitig die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten. Rechtzeitig soll heissen: So, dass bis zum Jahre 1981 die betreffenden Massnahmen in Kraft stehen. Die Vorschläge haben dem Ziel zu entsprechen, d. h. ab 1981 soll ein ausgeglichener Finanzhaushalt sichergestellt werden. Bewusst ist das Wort «sichergestellt» verwendet worden; es darf sich nicht nur um Annahmen oder Hypothesen handeln.

Die Kommission ist der Auffassung, dass es sich hier um einen klaren, verbindlichen Auftrag an den Bundesrat handle. Es wurde gestern verschiedentlich betont, dass die Motion zum Finanzplan notwendig sei. Ich ersuche Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Weber: Ich habe gestern eine Motion deponiert, die die Einführung von Gebühren im Strassenverkehr zum Ziele hat. Als bekanntestes Beispiel sei die Abgabe von Vignetten erwähnt. Dabei hatte ich die feste Meinung, ich könnte die Motion mit derjenigen der Kommission begründen, dies als Alternative oder als Ergänzung zu jener der Kommission. Man hat mir aber beigebracht, dass ein solches Vorgehen geschäftsreglementswidrig sei. Ich bedaure dies, denn ich sehe die Lösung nicht darin, über die etwas abgedroschenen Forderungen, um mich etwas hart auszudrücken, nach und nach, noch und noch mehr sparen zu wollen, sondern vielmehr in der Erschliessung von neuen Quellen, zumal diese im Volk längst erkannt, von diesem gefordert, rechtlich und sachlich begründet und im Ausland längst erprobt sind. Die Juristen, die ich in dieser Sache angesprochen habe, sind sich zwar nicht einig. Im chronologischen Programm, das wir seinerzeit zugestellt erhalten haben, ist das Geschäft als Steuerpaket 1978 traktandiert worden. Unter diesem Titel liesse sich in weitestem Sinn die Motion gut einpacken. Ich habe dann versucht, als zweite Möglichkeit einen neuen Passus in der Verfassung zu formulieren, nämlich in Artikel 36bis Absatz 7 (neu), und zwar mit dem Wortlaut: «Die zweckgemässe Benützung der öffentlichen Strassen ist gewährleistet. Der

Bund ist befugt, für eine qualifizierte Benützung Gebühren zu erheben, ebenso zur Deckung von allgemeinen Infrastrukturkosten des öffentlichen Verkehrs.» Da liessen sich ebenfalls Gebühren über die Gesetzgebung einführen.

Ich habe heute nachmittag darauf verzichtet, diesen Vorschlag noch auszuteilen, nachdem sich die Reihen immer mehr lichteten. Ich wollte nicht der Öffentlichkeit ein Schauspiel bieten, das unserem Rat wenig Ehre einbringen würde. Ich möchte mich aber dafür verwenden, dass dieser Vorschlag in der nationalrätlichen Kommission doch diskutiert wird. Warum ich das hier sage: Ich vermisse in der Motion wirklich die Aufzeichnung von weiteren Möglichkeiten, den Finanzhaushalt des Bundes zur Gesundung zu bringen, und die Formulierung, wie die Kommission sie gewählt hat, lässt alles und nichts offen. Ich möchte deshalb erklären, dass wir der Motion in dieser Form nicht zustimmen können. Ich bedaure nochmals, dass es nicht möglich war, meine Motion im Zusammenhang mit der Behandlung der Motion der Kommission wenigstens begründen zu können.

Präsident: Die Motion des Herrn Weber wird ja ordentlichweise in einer späteren Sitzung behandelt. Da können wir das Reglement auch nicht umdrehen. Uebrigens wurde mir das erst jetzt vorgelegt.

Heimann: Ich habe das Bedürfnis, zur Motion der Kommission noch einige Worte zu sagen. Ich glaube nicht, dass diese Motion ein grosses Gewicht hat. Solche Motionen, die verlangen, dass man zu irgendeinem Zeitpunkt einen Budgetausgleich herbeiführen sollte, werden Parlamenten zu Dutzenden unterbreitet. Hochinteressant ist, dass sich unser Kommissionsreferent für diese Motion einsetzt, stand doch vor nicht allzu langer Zeit seitens des Herrn Generalsekretärs der CVP im «Vaterland» zu lesen: «Der Finanzplan enthält damit nach wie vor eine Lücke von 500 Millionen, so dass die Frage nach dem Budgetausgleich nach wie vor offen ist. Die Beantwortung dieser Frage aber muss spätestens vor dem Abstimmungstag im Dezember feststehen, ansonsten das ganze Unterfangen auf mehr als nur wackligen Füßen steht.»

Mir scheint, dass das ganze Unterfangen jetzt schon wackelt. Das haben wir gesehen bei der Schlussabstimmung mit den 21 Ja. Die Vorlage wird noch weiter wackeln; Sie wären deshalb gut beraten gewesen, meinem Antrag zuzustimmen, der dafür gesorgt hätte, dass man die Lücke vorher geschlossen hätte.

Das gleiche trifft auch zu für die freisinnigen Anhänger dieser Motion. Das «Luzerner Tagblatt» hat über die finanzpolitischen Vorstellungen der FDP berichtet mit der Unterschrift ihres neuen Präsidenten, Nationalrat Richter, der hier ausdrücklich erklärt: Die früheren Motionen seien schon so zu verstehen gewesen, dass nun der Ausgleich im Bundeshaushalt tatsächlich erfolgen müsse, und an dieser Forderung würde festgehalten. Ich stelle fest, dass man in den wesentlichen Gremien der vier Bundesratsparteien bereits von diesen kategorischen Forderungen abrickt. Ich möchte aber mindestens erwarten, dass wenn der Kampf losgeht, man dann abgerückt bleibt und nicht wieder zu diesen Deklarationen aufrückt.

Bürgli: Die Ausführungen von Herrn Heimann nötigen mich doch zu einigen Feststellungen. Er versucht, diese Motion zu relativieren, indem er von «Motionen zu Dutzenden» spricht. Darf ich zurückblenden auf die letzte Sparmotion, die in diesen Räten angenommen wurde, hier im Ständerat in einer wesentlich strafferen Fassung, die dann nachher vom Nationalrat übernommen wurde. Man darf feststellen, dass diese Motion ganz erhebliche Auswirkungen gehabt hat. Sie hat zu einem Sparprogramm geführt, das mittlerweile bereits im Vollzug ist. Es schwebt uns vor, mit Bezug auf die Schliessung der Lücke von 500 Millionen Franken, wie sie aus dem gegenwärtigen Finanzplan angenommen werden muss, eine ähnliche Operation zu führen. Der Bun-

desrat wird also aufgrund dieser Motion, die, was ich hoffe, von beiden Räten erheblich erklärt wird, Anträge machen, wie diese 500 Millionen Franken eingespart werden können zur Herbeiführung einer ausgeglichenen Rechnung. Ich bin nicht der Meinung, dass das nun im Sinne einer Galopp-Operation durchgeführt werden muss. Es soll eine sorgfältige Vorbereitung und Erwägung stattfinden können. Es ist durchaus auch denkbar, dass der Dialog mit den Kantonen doch noch bessere Resultate in einer zweiten und dritten Etappe bringt, als es in der ersten der Fall war. Ich wage das durchaus zu hoffen. Es ist also im Augenblick nicht klar, wie diese 500 Millionen beschafft werden sollen; dazu braucht es nun eben die Vorbereitungen des Bundesrates und der Verwaltung. Das kommt ganz klar in der zeitlichen Limitierung «vom Jahre 1981 an» zum Ausdruck. Ich bin überzeugt, dass diese Motion ein ebenso nützliches Instrument sein wird wie diejenige, die wir im Dezember 1976 angenommen haben. Ich möchte Sie in Uebereinstimmung mit dem Kommissionspräsidenten bitten, ihr zuzustimmen.

Krauchthaler: Mit dem Ziel der Motion bin ich einverstanden. Ich habe mich in der Kommission der Stimme enthalten, kann der Motion aber zustimmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass diese Steuervorlage angenommen wird, denn ohne diese Mehreinnahmen – das habe ich beim Eintreten bereits vermerkt – einen Ausgleich erzwingen zu wollen, ist aus meiner Sicht unmöglich und würde Folgen haben, die nicht zu verantworten wären. Deshalb unterstütze ich die Motion unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Annahme dieser Vorlage.

M. Chevallaz conseiller fédéral: En établissant son plan financier et en vous proposant sa réforme fiscale, le Conseil fédéral s'est fixé un but, à savoir réaliser l'équilibre des finances dès 1981. Il ne saurait dès lors se distancer d'une motion qui confirme cet objectif. Mais, comme la motion, nous devons réserver les fluctuations économiques. Il nous paraît difficile de demander des ressources nouvelles au peuple sans lui donner l'assurance que les budgets seront équilibrés; mais je puis confirmer à M. Krauchthaler qu'il va bien sans dire que cet équilibre de 1981 est inconcevable si le milliard 300 millions de ressources nouvelles ne nous est pas donné. C'est d'ailleurs certainement l'avis des motionnaires. Ils ne nous demandent pas de faire un miracle en faisant tomber du ciel 1 milliard 300 millions supplémentaires.

Quant à la motion de M. Weber, j'en ai pris connaissance avec intérêt. Elle est importante. Elle est substantielle et M. Weber comprendra sans doute que je ne peux pas ici, en quelque sorte sur le coin de la table, même s'il m'en a parlé déjà hier, me déterminer sur cette démarche sans avoir consulté le Conseil fédéral. Il faut que le Conseil fédéral, ayant consulté les départements d'ailleurs, puisse étudier la motion avant qu'on ne l'accepte avec ou sans réserve.

Präsident: Ich stelle fest, dass Herr Weber gesagt hat, seine Gruppe könne die Motion nicht unterstützen. Stellt er einen Antrag auf Ablehnung?

Weber: Nein!

Präsident: Dann stelle ich fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung von keiner Seite gestellt worden ist; die Motion ist damit überwiesen.

Überwiesen – Transmis

B.

**Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer
Loi fédérale sur l'impôt anticipé**

*Antrag der Kommission
Eintreten*

*Proposition de la commission**Entrée en matière*

Hofmann, Berichterstatter: Das Verrechnungssteuergesetz wurde im Jahre 1965 dahin abgeändert, dass der Satz von 25 auf 30 Prozent erhöht worden ist. Am 31. Januar 1975 erfolgte eine weitere Erhöhung auf 35 Prozent, befristet bis Ende 1979. Ich verweise auf die Botschaft Seite 48, wo der betreffende Artikel des geltenden Verrechnungssteuergesetzes wiedergegeben ist.

Die Absicht des Bundesrates, der Ihre Kommission beipflichtet, ist nun die, dass der heutige Satz von 35 Prozent beibehalten und unbefristet weitergeführt werden soll. Das ist der Grund, warum der Bundesrat keine Aenderung des Verrechnungssteuerbeschlusses beantragt.

Im Namen der Kommission ersuche ich Sie, darauf einzutreten.

Wenk: Wir halten die Verrechnungssteuer für ausserordentlich wichtig. Es wird festgestellt, dass im Jahre 1976 130 Milliarden Franken an verrechnungssteuerpflichtigen Vermögen nicht deklariert worden sind. Diese sind wohl nicht alle im Besitz von Schweizern. Man schätzt, dass etwa 78 Milliarden davon Schweizern gehören, der Rest Ausländern. Daneben gibt es 150 Milliarden Vermögensanlagen, die nicht verrechnungssteuerpflichtig sind. Gerade gestern konnten Sie in den Zeitungen 2 1/2seitige Inserate finden, in denen mit einer gewissen Schamlosigkeit auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht wird. Es handelt sich um eine Aktiengesellschaft im Fürstentum Liechtenstein. Es wird ausdrücklich gesagt, dass sie sich im schweizerischen Wirtschaftsraum befindet, dass keine Steuerpflicht besteht, und dazu wird ein Zins angeboten, der höher ist als die bei uns jetzt üblichen Zinssätze. Wir vermischen, dass man diesen grossen Löchern in dem Netz nun einmal auf den Leib rückt. Das Gegenteil ist der Fall: Der Bundesrat schlägt uns vor, dass er selbst den bestehenden Satz von 35 Prozent auf 30 Prozent soll reduzieren können. Wir sind der Ansicht, dass es nun an der Zeit wäre, entsprechend der Finanzknappheit des Bundes in diesem Sektor neue Wege zu suchen, zum Beispiel, wie ich heute schon gesagt habe, bei den Treuhandgeschäften, die man der Verrechnungssteuer unterwerfen könnte mit einfacher Aenderung der bundesrätlichen Verordnung. Es müsste nun auch daran gegangen werden, die Anleihen in Schweizerfranken von ausländischen Schuldnern der Verrechnungssteuer zu unterwerfen. Es wird das Gegenargument vorgebracht, dass dann die Gläubiger ins Ausland ausweichen und dort Obligationen zeichnen; aber ich glaube, das ist nicht Grund genug. Wenn Sie zurückblättern und nachschauen, was bei der Einführung der Verrechnungssteuer alles dagegen gesagt wurde, würden Sie wohl staunen. Heute brauchen wir diese grossen Einnahmen, die sich daraus ergeben, merkwürdigerweise ergeben; weil die Pflichten deklarierten und die Verrechnung nicht mehr verlangen.

Wir beantragen Ihnen eine Erhöhung auf 40 Prozent und Streichung des Vorschlages, dass der Bundesrat den Satz reduzieren könne.

Präsident: Da kein Antrag auf Nichteintreten vorliegt, ist Eintreten stillschweigend beschlossen.

*Titel und Ingress, Ziff. I Ingress**Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Titre et préambule, ch. I, préambule**Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

*Art. 13**Antrag der Kommission**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit (Wenk)**Abs. 1 Bst. a*

auf Kapitalerträgen und Lotteriegewinnen: 40 Prozent ...

Abs. 2

Streichen

*Art. 13**Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité (Wenk)**Al. 1 let. a*

Pour les revenus de capitaux mobiliers et les gains faits dans les loteries: à 40 pour cent de la prestation imposable;

Al. 2

Biffer

Hofmann, Berichterstatter: Zu Buchstabe a schlägt der Bundesrat vor, den heute geltenden und bis Ende dieses Jahres befristeten Satz von 35 Prozent beizubehalten und die Befristung aufzuheben. Die Kommission schliesst sich diesem Antrag des Bundesrates an; sie hat den Antrag Wenk, wie er ihn soeben skizziert hat (Erhöhung um weitere 5 Prozent auf 40 Prozent), mit 10 gegen 1 Stimme abgelehnt. Eine kurze Begründung für diesen Standpunkt:

Die Statistik beweist, dass die Schweiz bei der Verrechnungssteuer tatsächlich als Spitzenreiter figuriert, sowohl dem Ansatz der Höhe nach wie nach dem Umfang der Unterstellung. Es trifft bis jetzt zu – das wird von den massgeblichen Wirtschafts- und Bankkreisen konzediert –, dass bis heute die Erhöhung auf 35 Prozent sich nicht nachteilig ausgewirkt hat, weder auf die Währungslage noch auf den Kapitalmarkt, doch könnten sich die Verhältnisse rasch verändern, was ernsthaft befürchtet wird bei einer weiteren Erhöhung des Verrechnungssteueransatzes. Es ist wohl etwas zu einseitig und zu einfach, wie Herr Wenk es sich vorstellt, dass mit einer weiteren Erhöhung des Verrechnungssteuersatzes der Steuerhinterziehung ernsthaft zusätzlich zu Leibe gerückt werden könnte. Diesbezüglich hat das Parlament kürzlich andere Massnahmen beschlossen. Sie sind in Kraft und werden sich auswirken. Hier aber geht es, um das ominöse Wort «Erhaltung des Finanzplatzes Schweiz» zu gebrauchen, darum, andere Rückschläge zu vermeiden, was bei einer zusätzlichen Erhöhung des Verrechnungssteuersatzes ernsthaft befürchtet wird.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen, Ziffer 1 Litera a im Sinne des bundesrätlichen Vorschlages zu genehmigen und den Antrag Wenk abzulehnen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Nous avons dit ce matin que la part remboursée de l'impôt anticipé a passé de 71 à 72 pour cent pour les années précédentes, à 76 pour cent en 1977. Je le souligne parce que cela me paraît être tout de même le signe de l'amélioration de la conscience fiscale, un signe réjouissant même s'il s'exerce au détriment de nos recettes. Il est bien entendu que les sommes remboursées sont perdues pour la caisse de la Confédération.

Je ne peux me rallier à la proposition de M. Wenk d'élever le taux de l'impôt anticipé à 40 pour cent parce que nous devons constater qu'avec le 35 pour cent nous sommes déjà à la pointe des pays d'Europe occidentale, même du monde. Si je m'oppose à cette proposition, ce n'est pas

tellement à cause des fraudeurs fiscaux. Je suis préoccupé par le sort de toute une catégorie de contribuables, d'épargnants, petits et moyens, qui sont frappés par l'impôt anticipé, en ce sens que la Confédération bloque les intérêts pendant deux ans ou presque deux ans. Pour être équitable, il faudrait alors admettre qu'on leur rembourse tout ou partie de ces intérêts intercalaires ce qui, bien entendu, nécessiterait une comptabilité invraisemblablement compliquée. C'est donc en pensant aux contribuables moyens, aux petits et moyens épargnants que je conclus que le taux de 40 pour cent est exagéré et que le taux de 35 pour cent est suffisamment substantiel pour faire réfléchir les fraudeurs.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	21 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	5 Stimmen

Hofmann, Berichterstatter: In Absatz 2 schlägt der Bundesrat vor, es sei ihm die Kompetenz einzuräumen, den in Absatz 1 Buchstabe a festgesetzten Steuersatz auf ein Jahresende auf 30 Prozent herabzusetzen, wenn es die Entwicklung der Währungslage oder des Kapitalmarktes erfordert. Diese Bestimmung befindet sich bereits im geltenden Recht (vgl. den geltenden Artikel auf S. 48 der Botschaft). Herr Wenk beantragt, diese Kompetenzerteilung an den Bundesrat zu streichen. Die Kommission hat diesen Antrag wiederum mit 10 gegen 1 Stimme abgelehnt, und zwar aus der Ueberlegung heraus, dass sich Währungslage und Kapitalmarkt sehr rasch ändern können und dass wir im Interesse unseres Landes in der Lage sein sollten, darauf sehr rasch zu reagieren. Es wäre zum Beispiel möglich, dass es aus irgendwelchen Gründen zu einem erheblichen Abfluss ausländischer Gelder aus der Schweiz käme, was sich sehr nachteilig auf unsere Wirtschafts-, Währungs- und Zinslage auswirken könnte. In einer solchen Phase – zurzeit zugegebenermassen nur theoretischer Natur – müsste der Bundesrat rasch reagieren können, wozu als Möglichkeit – neben andern – die Herabsetzung des Verrechnungssteuersatzes bestünde, ohne dafür zuerst den oft langen und langwierigen Weg einer Gesetzesänderung gehen zu müssen. Die Kommissionsmehrheit hält dafür, dass dem Bundesrat diese Kompetenz ruhig erteilt werden kann. Bei der Finanzlage des Bundes besteht keine Gefahr, dass er zu rasch ohne die im Text umschriebenen Voraussetzungen zur Herabsetzung schreiten könnte. Ich beantrage Ihnen Zustimmung zum Vorschlag von Bundesrat und Kommission.

Muheim: Ich werde Sie nicht lange hinhalten, möchte aber doch noch auf einen Gedanken hinweisen, dem meines Erachtens aus staatsrechtlicher Sicht Bedeutung zukommt. Die Botschaft hat sich zu diesem Absatz 2 eingehend geäußert und dargelegt, dass es sich hier um ein Steuerungsinstrument handelt. Ich glaube, wir benötigen das nicht zuletzt, nachdem das Schweizer Volk inzwischen den Konjunkturartikel genehmigt und damit zum Ausdruck gebracht hat, dass unsere Landesregierung in die Lage versetzt werden soll, in den verschiedenen wirtschaftlichen Situationen auch wirklich handeln zu können. Hier finden Sie auch die deutliche Einschränkung mit den Worten «wenn es die Entwicklung der Währungslage» – eine der Voraussetzungen – «oder» – alternativ – «des Kapitalmarktes erfordert». Das sind Elemente der schweizerischen Wirtschaft, die auf Gesetzesstufe – nach meiner Ueberzeugung auch verfassungsrechtlich voll abgedeckt – normiert werden. Noch wünschbar wäre aber, Herr Bundesrat Chevallaz, dass der ähnlich lautende Satz bei Artikel 9 Ziffer 3 letzter Satz, der auch gewisse Steuerungsselemente im Bereiche der Mehrwertsteuer beinhaltet, im Blick auf die Verfassungsfrage etwas geklärt würde. Der Nationalrat, vor allem seine Kommission, wird dazu Gelegenheit haben. Die Botschaft selbst ist in ihren Äusserungen mit Bezug auf die letztgenannten, die Mehrwertsteuer betreffenden Instrumentaria sehr karg. Ich bin für heute der Auffassung,

dass bei der Verrechnungssteuer dieser Absatz beibehalten werden sollte; sonst verneinen wir die nun eingeleitete Konjunkturpolitik schlechthin.

Wenk, Sprecher der Minderheit: Mich erstaunt diese Argumentation. Seit Jahren diskutieren wir über den hohen Frankenkurs, und der Präsident der Schweizerischen Nationalbank sagt uns, wir seien dagegen wehrlos. Wer behauptet, man könne das ändern, der rede ungefähr so wie einer, der meint, er könne das eigene Bad austrinken. Auf einmal soll nun der Bundesrat die Kompetenz erhalten, den Verrechnungssteuersatz zu senken. Soll der Bundesrat diese Kompetenz bekommen, um ausländische Gelder anzulocken, die uns dermassen Mühe machen, die unserer Exportindustrie schon jahrelang die grössten Schwierigkeiten bereiten? Das ist die Situation. Darum kann ich diese Art von Argumentation wirklich nicht verstehen. Unser Notenbankinstitut verfügt noch über andere Mittel, um ausserordentlichen Situationen zu begegnen. Ich glaube nicht, dass bei einer Aenderung der Konjunkturlage eine Herabsetzung des Verrechnungssteuersatzes die angezeigte Massnahme wäre.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Je prends bonne note des scrupules de droit conjoncturel de M. Muheim mais nous nous efforcerons, avec l'aide de juristes distingués, d'apaiser ses scrupules d'ici à la session du Conseil national. Je crois d'ailleurs savoir qu'existe déjà avec lui un échange de correspondance intense sur ce grave problème.

En ce qui concerne les remarques de M. Wenk, je dois préciser qu'il est vrai que cette réserve inscrite dans l'article n'est pas du tout actuelle aujourd'hui mais les situations économiques se transforment tellement rapidement que nous préférons garder une certaine mobilité.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	20 Stimmen
Für den Antrag Wenk (Streichung)	5 Stimmen

Ziff. II – Ch. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident: Wollen Sie auf irgendeinen Artikel zurückkommen? Das ist nicht der Fall.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzesentwurfes	22 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

78.017

Geldpolitik. Bundesbeschluss Politique monétaire. Arrêté fédéral

Botschaft und Beschlussentwurf vom 22. März 1978 (BB I, 1077)
Message et projet d'arrêté du 22 mars 1978 (FF I, 1085)

Antrag der Kommission

Eintreten und Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Bundesfinanzreform 1978

Réforme des finances fédérales 1978

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1978
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	78.019
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.04.1978 - 16:00
Date	
Data	
Seite	191-204
Page	
Pagina	
Ref. No	20 006 654

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.